

# Der Fluch des Wachstums

Freie Flächen schrumpfen in der Region - mit nachhaltigen Folgen für die Kommunen rund um Laupheim



Das Gewerbegebiet Laupheim Mitte soll erweitert werden. (Foto: ksc)

Von Kai Schlichtermann und sz

## Laupheim/Region

Langsam, aber dauerhaft verändert sich das Landschaftsbild in der Region: Neue Gewerbeflächen und Wohngebiete fressen sich seit Jahren in die Landschaft. Nördlich von Herrlishöfen beabsichtigen die vier Gemeinden Schemmerhofen, Maselheim, Biberach und Warthausen ein 45 Hektar großes Stück Land in ein interkommunales Industriegebiet (IGI) zu verwandeln. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch rund um Laupheim. Im Laupheimer Gewerbegebiet Mitte („Erweiterung Nord“) sicherte sich das Unternehmen Kässbohrer ein rund drei Hektar großes Grundstück für eine mögliche Betriebserweiterung. Nicht weniger als eine 31,5 Hektar große Fläche, angeblich bestes Ackerland, wird künftig in Baustetten für Gewerbeansiedlungen genutzt. Doch nun wehren sich zunehmend Menschen gegen das endlose Wachstum auf Kosten der Naturflächen.

Bebauter Boden nimmt zu

Obwohl Unternehmen, Arbeitnehmer, Kommunen und Grundstücksbesitzer von dem seit Jahren andauernden Wachstum profitieren, regt sich zunehmend Widerstand. Im Gemeinderat Laupheim gab es erste Gegenstimmen bei der Freigabe der Gewerbefläche Ost in Baustetten.

In Folge der Planungen des interkommunalen Industriegebiets Risstal entstand die Bürgerinitiative „Schutzgemeinschaft Risstal“, die dafür eintritt, das jetzige Gebiet zu erhalten, und vor den ökologischen Folgen des Betonierens warnt. Sie teilt mit, landwirtschaftlich genutzte Grundstücke im Landkreis Biberach hätten im Zeitraum von 1979 bis 2016 um 11 Prozent abgenommen. Der Landesdurchschnitt liege im selben Zeitraum bei 6 Prozent. 200 Mitglieder hat die Bewegung inzwischen, die dem bundesweiten Bodenschutzbündnis „Gegen Flächenfraß“ beigetreten ist. Zwischen Ulm und Biberach wird Politikern bewusst, dass sich freier Boden verknappt und dessen Nutzung besser durchdacht werden muss. „Der Landschaftsverbrauch geht zulasten der Landwirtschaft“, meint der stellvertretende Vorsitzende des Regionalverbands Donau-Iller, Martin Samain. Er fordert eine ausgeklügelte Koordination der Flächennutzung nicht nur rund um Laupheim, sondern auch im gesamten Einzugsgebiet des Regionalverbands, der fast 5460 Quadratkilometer umfasst. Der Verband plant den ländlichen und städtischen Raum für Ulm, Memmingen und die Landkreise Alb-Donau, Biberach, Günzburg, Neu-Ulm und Unterallgäu. „Entscheidend ist die Frage: Wo wollen wir Gewerbe ansiedeln und wo nicht?

#### Flächen optimal nutzen

„Jeder Einzelfall ist zu prüfen und bereits ausgewiesene Flächen sollten wir optimal nutzen“, sagt Martin Samain. Mit dieser Konzentrationsstrategie vermeide man ineffiziente Nutzung von Land. Dazu komme es, wenn Gemeinden und Städte um Unternehmen konkurrierten und äußerst günstige Gewerbeflächen anböten. Daher plädiert er für interkommunale Gewerbegebiete. Mit solchen Projekten könnten Kommunen ihre wirtschaftlichen Interessen bündeln und die Ressource Boden sinnvoll verwenden. Ende Juli hat die Versammlung des Regionalverbandes den neuen Regionalplanentwurf gebilligt. Darin wird die Flächennutzung auch in der Region Laupheim für die kommenden Jahre verbindlich festgelegt. Im Herbst soll der neue Regionalplan in den Kommunen diskutiert werden. Nach den Worten Martin Samains ermögliche das Konzept eine „Balance zwischen ökologischem Schutz und wirtschaftlichem Wachstum“. Die Expansion von Wohngebieten in den Griff zu bekommen, scheint hingegen schwieriger zu sein. Die Gemeinden und Städte versuchen möglichst schnell, Gemarkungen auszuweisen, auf denen Eigenheime entstehen sollen. Doch wie das geschieht, ist unter Experten umstritten. Martin Samain stellt fest, dass Neubaugebiete viel Platz benötigen und die Zersiedlung vorantreiben. „Gleichzeitig veröden die Ortskerne, weil auch Einkaufszentren und andere Angebote auf die grüne Wiese wandern.“ Ein Treiber dieser Entwicklung ist sicherlich unter anderem Paragraf 13b des Baugesetzbuches, der ein beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren von Bebauungsplänen für die Wohngebäude auf Bauland erlaubt. Vorerst gilt das Gesetz noch bis zum 31. Dezember 2019. Martin Samain glaubt, eine Nachverdichtung in Stadtzentren, also eine Belebung von Brachflächen und ungenutzten Gebäuden als Wohn- und Arbeitsraum, könne den Flächenverbrauch vermindern. „Das belebt auch den historischen Mittelpunkt von Gemeinden.“

Dem stimmt auch Bernhard Osterburg zu. Er ist Leiter der Stabsstelle Klima und Boden am Thünen-Institut in Braunschweig, das sich mit der Erforschung ländlicher Räume, Wald und Fischerei beschäftigt. Osterburg schlägt vor, der Gesetzgeber müsse den Kommunen Vorkaufsrechte für Immobilien und Grundstücke gewähren, damit diese den städtischen Raum gestalten können. Denn oftmals würden potenzielle Bauflächen in Städten blockiert. Staatliche Quoten für Bauland wäre eine andere Möglichkeit, den Konsum von Boden unter Kontrolle zu halten. Doch welche ökologischen Folgen hat die zunehmende Bebauung in den Ortszentren? „Stark versiegelte Flächen verhindern die Speicherung von Regenwasser in den Böden. Der Puffer fehlt, wenn es sehr stark regnet“, sagt Bernhard Osterburg.

Martin Samain erklärt, „Luft und Boden sind permanent in einem Austausch. Der Boden hat eine Filterfunktion. Hochversiegelte Flächen wie zum Beispiel Straßen riegeln diesen Austausch ab.“ Wichtig sei es, ökologisch sensible Bereiche wie Streuobstwiesen und Waldsäume zu schützen.

Andererseits kann ein aufgelockertes Wohngebiet mit üppigen, artenreichen Gärten ökologisch wertvoller sein als ein Acker mit Getreidemonokulturen. Dort, wo Städte dicht und mehrstöckig bauen, kann „der Kaltluftzufluss behindert werden“, sagt Bernhard Osterburg. Ein Kompromiss zwischen Bebauung und Natur sei gleichwohl möglich: Dachgärten und Begrünung in Gewerbegebieten seien denkbar.

---